

II-3765 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1943/1

1991-11-13

D R I N G L I C H E A N F R A G E

der Abgeordneten Ing. Reichhold, Alois Huber, Ing. Murer,

an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft
betreffend Vorbereitung der österreichischen Landwirtschaft
auf den EG-Beitritt

Die Marktordnungsverhandlungen 1991 erbrachten ein massives Belastungspaket für die Landwirte Österreichs, während die Agrarindustrie (Austroprot-Projekt) riesige Subventionen erhalten wird. Die sogenannte Düngemittelabgabe wurde empfindlich erhöht, die Erzeugerpreise für Getreide im Gegenzug gesenkt. Die Mineralölsteuerrückvergütung wird ab 1992 in ein Flächenprämienmodell bei Ackerbaubetrieben mit einer 15 % igen Zwangsverpflichtung zum Anbau von Alternativen umgewandelt. Aber auch für die Grünlandbetriebe bringt die neue Regelung eine empfindliche Verschlechterung. Die Situation des bäuerlichen Berufsstandes wird immer schwieriger.

Die Abwanderung hält an, jährlich nimmt die landwirtschaftliche Erwerbsbevölkerung um 5.000 bis 10.000 Personen ab. Der österreichischen Landwirtschaft droht über kurz oder lang der Kollaps.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft nachstehende

D r i n g l i c h e A n f r a g e :

1. Das Institut für Wirtschaftsforschung berechnete im Jahre 1988, daß ein EG-Beitritt der österreichischen Land- und Forstwirtschaft einen Einkommensverlust von 3 - 4 Milliarden Schilling bringen wird. Haben Sie mittlerweile ein Integrationskonzept erarbeitet, welches konkrete finanzielle Absicherungsmaßnahmen für unsere Bauern vorsieht?
2. Wie sieht dieses Konzept aus?
3. Können Sie sich vorstellen, daß in ein solches Konzept auch die Vorschläge des FPÖ-Antrages Nr. 26/A einfließen, dessen Verwirklichung unsere klein- und mittelbäuerlichen Strukturen weiterhin aufrecht erhalten würde?
4. Teilen Sie die Meinung von Kammerpräsident Rudolf Schwarzböck, wonach Österreichs Bauern im EWR von lukrativen Märkten ausgeschlossen sind?
5. Teile der neuen Bergbauern-Förderungsrichtlinien sind nicht zweckmäßig. Warum machen Sie die Zuerkennung des Bergbauernzuschusses von einer Bewohnung des Hofes anstelle von einer Bewirtschaftung abhängig?
6. Grundbesitzer und Gemeinden wenden sich zunehmend gegen die massiven Härten und Belastungen der jüngsten Wasserrechtsgesetznovelle. Denken Sie an eine baldige Novellierung dieses Gesetzes?
7. Pressemeldungen zufolge haben Sie vor, die diversen Agrarfonds dergestalt zu reformieren, daß Sie die Fonds einfach fusionieren. Wodurch sollen die Bauern von einem Monster-Agrarfonds profitieren?
8. Der Milchwirtschaftsfonds muß 1992 angeblich mit einem Defizit von 1,3 Milliarden Schilling rechnen, die Löhne der Molkereiarbeiter sollen um 5,5 % steigen. Die Vertreter der

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft wie auch die der Arbeiterkammer sprechen sich vehement gegen eine Anhebung des Erzeugerpreises aus.

Was gedenken Sie zu tun, damit den Bauern ein gerechter Anteil in diesem Verteilungskampf zukommt?

9. Was werden Sie tun, damit der Siloverzichtszuschlag in Emmentaler-Käsereigebieten gesichert bleibt?

10. Wie lautet Ihr Konzept zur Sicherung der Kleinkäsereien?

11. Gedenken Sie die gänzliche Befreiung der Bergbauern in den Zonen 3 und 4 vom allgemeinen Absatzförderungsbeitrag wieder einzuführen, wie dies 1984/85 in der sozial-liberalen Koalition festgelegt wurde?

12. Wie lange wollen Sie die ungerechte Saatgut-Maisabgabe noch einheben?

13. Das Institut für Wirtschaftsforschung hat in einer Expertise die Weinpolitik der letzten Jahre massiv kritisiert.

Welche Konsequenzen werden Sie daraus zum Wohle der österreichischen Weinbauern ziehen?

14. Werden Sie das Weingesetz derart reformieren, daß die Kontrolle in der Bundeskompetenz verbleibt und vor allem die Marktentlastungsmaßnahmen so gesetzt werden, daß der katastrophale Weinpreisverfall umgehend gestoppt wird?

15. Sind Sie bereit, mit dem Bundesminister für Finanzen in Verhandlungen einzutreten, um im Zuge der zweiten Etappe der Steuerreform eine echte steuerliche Entlastung des Weines durchzusetzen?

16. Aufgrund des Getreideprotokolls 1991 wurde das sogenannte Austropot-Projekt beschlossen, wobei zentral bei Krems eine gewaltige Verspritzungsanlage geplant ist. Halten Sie diese Monsteranlage an einem einzigen Standort für zweckmäßig?

Wären mehrere dezentrale und kleinere Anlagen nicht praktikabler?

17. Werden Sie dafür sorgen, daß die Aktion "Verbilligtes Futtergetreide für die Bergbauern" von derzeit 100.000 auf 300.000 Tonnen aufgestockt sowie der Verbilligungsbetrag von 80 Groschen auf S 1,50 je kg hinaufgesetzt wird?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner nach Erledigung der Tagesordnung Gelegenheit zur Begründung zu geben.

Wien, 1991 11 13